



Niederschrift der 13. Ratssitzung

Ort, Raum: Neues Rathaus, Beratungsraum "Goldener Saal", Markt 7 A, 06526
Sangerhausen

Datum: 11.12.2025

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:22 Uhr

Anwesenheit:

Oberbürgermeister

Herr Torsten Schweiger

1. Vertreter des Vorsitzenden

Herr Tim Schultze

2. Vertreter des Vorsitzenden

Herr Arndt Kemesies

Fraktionsmitglied CDU

Frau Sandra Biedermann

Herr Patrick Ruppe

Herr Martin Sanhen

bis 18:45 Uhr anwesend

Herr Volker Schachtel

Herr Frank Schmiedl

ab 16:51 Uhr anwesend

Herr Andreas Skrypek

Frau Regina Stahlhacke

ab 16:35 Uhr anwesend

Fraktionsmitglied BOS-FDP

Herr Uwe Goerlich

Herr Alexander Janzen

Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser

Fraktionsmitglied DIE LINKE.

Herr Holger Hüttel

Herr Klaus Kotzur

Frau Sabine Künzel

Frau Karoline Spröte

ab 16:35 Uhr anwesend

Fraktionsmitglied B.I.S.

Frau Käthe Milus

Herr Klaus Peche

Herr Daniel Predatsch

Fraktionsmitglied SPD

Herr Dr. Erik Hille

Herr Helmut Schmidt

Fraktionsmitglied SOS

Herr Uwe Ostrowski

Herr Danilo Siefke

Fraktionsmitglied AfD

Herr Andy Bärschneider

Frau Andrea Baust

Herr Andreas Gehlmann

Frau Franziska Koch

Herr Martin Thunert

Herr Thomas Wilke

fraktionslos

Herr Alexander Dobert

sachkundige Einwohner/-innen

Frau Marina Bernau

Herr Thomas Gerdewitz

Herr Ingo Hauptmann

Herr Eberhard Nothmann

Fachbereichsleiter

Frau Maria Diebes

Herr Udo Michael

Herr Jens Schuster

Referentin

Frau Annette Brenneiser

Frau Kristin Hochhäuser

Frau Annika Wolff

Protokollführer/-in

Frau Madeleine Schneegaß

Abwesend:

Fraktionsmitglied CDU

Herr Holger Scholz entschuldigt

Herr Frank Wedekind entschuldigt

Fraktionsmitglied B.I.S.

Herr André Reick entschuldigt

Frau Silke Seifert entschuldigt

Fraktionsmitglied SOS

Herr Nico Siefke entschuldigt

Fraktionsmitglied AfD

Herr Bernd Hecker entschuldigt

Tagesordnung gemäß Einladung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der 12. Ratssitzung vom 13.11.2025
4. Bericht des Oberbürgermeisters
5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung
 - 6.1. Bestellung des Oberbürgermeisters der Stadt Sangerhausen zum Standesbeamten für Eheschließungen
 - 6.2. Beteiligung der Stadt an der SALEG Landes- und Kommunalservicegesellschaft mbH (SALEG Service GmbH)
 - 6.3. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen gemäß § 105 KVG LSA in Höhe von 32.398,34 € für die Abwasserumlage 2025 an den Wasserverband Südharz
 - 6.4. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen gemäß § 105 KVG LSA in Höhe von 293.805,70 € zur Finanzierung der Freien Träger auf Grund neuer LEQ-Vereinbarungen

- 6.5. 2. Nachtrag zum Straßenbeleuchtungsvertrag
- 6.6. Beschlussfassung der Haushaltssatzung einschließlich Haushaltsplan der Stadt Sangerhausen für das Haushaltsjahr 2026
- 6.7. Beschlussfassung der 19. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Haushaltsjahre 2010 bis 2029 der Stadt Sangerhausen
- 7. Information über Beschlüsse der beschließenden Ausschüsse
- 11. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Protokolltext:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Andreas Skrypek, eröffnete die 13. Stadtratssitzung und begrüßte die Stadträte, sachkundige Einwohner, Ortsbürgermeister und ihre Stellvertreter, die Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger, Gäste und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

Ladefrist: Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten. Die Einladung sowie die Verhandlungsgegenstände wurden ordnungsgemäß versendet.

Beschlussfähigkeit: Der Stadtrat ist beschlussfähig. 28 Ratsmitglieder sind anwesend.

Öffentlichkeit: Alle TOP 1. bis 7. und TOP 11. werden in öffentlicher Sitzung behandelt. Die TOP 8 bis 10 werden in nicht öffentlicher Sitzung behandelt.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Andreas Skrypek, stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Abstimmung über die Tagesordnung

| | | |
|---------------------|---|----|
| Ja-Stimmen | = | 28 |
| Nein-Stimmen | = | 0 |
| Stimmenenthaltungen | = | 0 |

Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

Informationen:

Die **AfD-Fraktion** gibt bekannt, dass ab Dezember 2025 Herr Andy Bärschneider den Vorsitz der Fraktion übernommen habe.

1. Stellvertreter bleibt Martin Thunert.
2. Stellvertreter ist Andrea Baust
3. Stellvertreter ist Andreas Gehlmann

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der 12. Ratssitzung vom 13.11.2025

Die Niederschrift wurde am 04.12.2025 mit den Unterlagen zur Ratssitzung versandt bzw. im Ratsinformationssystem veröffentlicht.

Abstimmung über die Niederschrift

| | | |
|---------------------|---|----|
| Ja-Stimmen | = | 26 |
| Nein-Stimmen | = | 0 |
| Stimmenenthaltungen | = | 2 |

Die Niederschrift der 13. Ratssitzung vom 13.11.2025 wurde mehrheitlich bestätigt.

TOP 4 Bericht des Oberbürgermeisters

Der Bericht wurde vor der Sitzung verteilt bzw. veröffentlicht.

Frau Spröte und Frau Stahlhacke kommen zur Sitzung 16:35 Uhr = 30 Anwesende

TOP 5 Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Schmiedl kommt zur Sitzung 16:51 Uhr = 31 Anwesende

Herr Hille sagt, der Weihnachtsmarkt sei bis jetzt sehr gut gelungen. Er sei wichtig für die Gewerbetreibenden und für das Zusammenleben in der Stadt. Gleichzeitig möchte er zwei Dinge ansprechen, die insbesondere aus Sicht der Stadt, beim nächsten Mal verbessert werden können und bisher nicht so gut gelaufen seien. Er hatte beim letzten Mal um Rücksichtnahme insbesondere für die Anwohner und für Arbeitstätige gebeten. Frau Stahlhacke hatte auch auf den Notdienst hingewiesen. Positiv könne man sagen, dass der Organisator zwei Tage vorher bei den Anwohnern Flyer verteilt habe. Es wurde darüber informiert, dass ab 15 Uhr die Straßen abgesperrt werden sollen. Ein Tag später hatte die Stadt über Facebook über eine andere Zeit informiert, nämlich 3 Stunden eher, also bereits 12 Uhr. Was zur Verwirrung geführt habe, denn die Leute wussten es nicht, welche extra eher von der Arbeit gekommen seien oder auch Paketdienste haben sich beschwert, welche sich eingerichtet haben, dass diese noch bis 15 Uhr Zeit haben. Er wisse nicht, wie es zu der zeitlichen Differenz kam. Positiv könne man sagen, das informiert worden sei, aber dann bitte einheitlich.

Weiterhin spricht er an, dass unmittelbar vor seinem Haus 3 Stände aufgebaut waren. Es sei in Ordnung, dass die Stadt Stände verteile und ihm sei auch bewusst, dass es eine wichtige Einnahmequelle sei. Problem sei aber dabei gewesen, das einer der Stände ein 2 m hoher Anhänger war, der unmittelbar vor seiner Hauseingangstür stand. Es leben auch ältere Leute mit Behinderung im Haus. Wäre ein Notfall gewesen oder ein Brand ausgebrochen, möchte er nicht wissen, wer dafür verantwortlich sei. Der Oberbürgermeister habe beim letzten Mal gesagt, das die Stadt versuchen werde, dass die Grundstücke wenigstens im hinteren Bereich zugänglich bleiben. Im Ernstfall sei dies bei 90 % der Grundstücke in der Göpenstraße oder in der Kylischen Straße nicht einfach machbar. Es sollte wenigstens der eine Zugang zum Haus weiterhin erreichbar sein. Dies sei wichtig, dass es nicht wieder passiere und beim nächsten Mal berücksichtigt werde.

Herr Schweiger bedankt sich für die Hinweise. Man sei daran interessiert zu erfahren, was habe alles funktioniert und was nicht. Es werde eine Auswertungsrunde geben zwischen den dem Gewerbeverein, der aha Kultur GmbH und der Stadt Sangerhausen. Woran es im Einzelnen gelegen habe, wisse er nicht. Die Verwaltung werde es mitnehmen und klären.

Frau Stahlhacke sagt. Sie möchte positiv erwähnen, dass der Advent in den Höfen eine gelungene Veranstaltung gewesen sei. Nur hatte sie das gleiche Problem wie Herr Hille. Es wurde extra beim Ordnungsamt angerufen und nachgefragt, wann am Freitag abgesperrt werde. Den Kunden der Apotheke wurde mitgeteilt, dass sie bis 15 Uhr Sachen abholen können. Die Stadt war aber nun ab 12 Uhr gesperrt. Es wäre gut, wenn man es rechtzeitig wüsste.

Herr Schweiger sagt, dies nehme die Verwaltung mit. Es war nur für PKWs komplett gesperrt. Einen kleinen Fußweg auf sich zu nehmen, hätte es möglicherweise lösen können, aber er gestehe, dass dies nicht immer ganz leicht sei, dies zu bewältigen.

Herr Schmidt sagt, vor Wochen wurde in Riestedt ein Baum illegal gefällt. Er fragt, wer zuständig für die Entsorgung sei. Weiterhin irritiert ihn ein Satz im OB-Bericht: *„Tariferhöhungen und Forderungen nach kostendeckenderen Kalkulationen oder gar Einrichtungsschließungen werden kein Ziel sein.“* Das heißt, es gebe keine Tariferhöhungen.

Herr Schweiger antwortet. Es sei auch nicht sein Ziel Tariferhöhungen durchzuführen, ob sich die Tarifpartner an den Wunsch des Oberbürgermeisters von Sangerhausen halten, wage er zu bezweifeln. Bezüglich des Baums in Riestedt stehe dieser auf dem Grundstück der Gartenanlage. Diese seien Eigentümer und müssen demnach es entsorgen.

Frau Baust äußert sich bezüglich der Dauer der Sperrzeit für Feierlichkeiten. Für die Anwohner sollte es möglichst eingeschränkt werden. Es war jedoch wieder so, dass von Freitagmittag bis Sonntagabend gesperrt war. Sie selbst war Samstag und Sonntag in der Innenstadt unterwegs. Es war eine Umleitung vorhanden und alles gesperrt, aber die Fahrzeuge seien trotzdem gefahren. Es habe keiner kontrolliert, nur den Anwohnern wurde mitgeteilt, ihre Autos außerhalb zu parken. Sie finde die Dauer unmöglich. Für den Advent in den Höfen sehe sie es ein, aber für die andere Zeit war es nicht notwendig.

Herr Schweiger sagt, die Verwaltung werde es prüfen. Von den Behörden werde ein Sicherheitskonzept gefordert, welche Sperrung wann mit welchem Aufwand organisiert werde. Nach seinem Wissen war am Samstag die Sperrung in weiten Teilen aufgehoben, weil von den Sicherheitsbehörden der Freitag und der Sonntag gefordert war. Wenn das nicht umgesetzt wurde, dann nehme die Verwaltung es mit und muss ausgewertet werden.

Herr Gehlmann sagt, im OB-Bericht erwähnte er zur Errichtung des Weihnachtsmarktes die Rosenstadt Sangerhausen GmbH, den Gewerbeverein und die aha Kultur GmbH. Er fragt, inwieweit der Bauhof involviert war, um die Festung Weihnachtsmarkt zu errichten. Er war letzten Freitag vor Ort. Polizei, Sicherheitskräfte und das Ordnungsamt waren anwesend. Er fragt, wer die Kosten für diesen Aufwand trage.

Herr Schweiger antwortet. Der Veranstalter eines Events müsse für die Kosten aufkommen, auch in Verbindung mit dem Sicherheitskonzept. Genau dies erschrecke sie im Moment, weil es zunehmend dazu führe, dass insbesondere Veranstalter, oftmals kleine Vereine, es überhaupt nicht mehr organisieren können. In den Augen der Verwaltung sei es auch zunehmend lebensfremd, wenn man meine, durch Sicherheitskonzepte jegliche Gefahr von jedem zu jeder Zeit an jedem Ort weghalten zu können. Dies werde nicht funktionieren. Alle seien auch im normalen Leben jeden Tag Risiken ausgesetzt und es nun mit Sicherheit auf den Weihnachtsmarkt zu verhindern, werde nicht funktionieren. Im Moment schlage sich es in Geld nieder. Je mehr Straßen man sperre, um so mehr Beschilderung benötige man. In den vergangenen Jahren sei man oftmals mit den Schildern des Bauhofes ausgekommen. Diesmal habe der Bauhof nicht so viele Schilder zur Verfügung gehabt und man musste eine Firma dazu beauftragen. Es gehe weiter mit den Fahrzeugen, welche hingestellt werden müssen,

bis hin zu den Containern, die als Absperrung dienen. Es sei gelungen mit Hilfe von Sponsoring über eine Firma es zu organisieren, weil sonst es im Moment gar nicht mehr zu stemmen sei. Es laufen derzeit Initiativen, auch stadtübergreifend in Sachsen-Anhalt, über den Städte- und Gemeindebund. Alle Kommunen können die Anforderungen überhaupt nicht mehr leisten. Man befürchte das die Kultur darunter leiden werde, denn auch die Ausrichtung kleiner Veranstaltungen zähle zur Kultur. Er glaube, man müsse zu einem vernünftigen Normalmaß zurückkehren, ansonsten werde es für alle auf Dauer nicht mehr machbar sein.

Herr Gehlmann sagt, die Feste waren einmal frei und nun müsse man sich immer mehr schützen. Es bedrückt nicht nur ihn, sondern einen großen Teil der Bevölkerung. Man müsse entschieden dagegentreten.

Herr Schweiger antwortet. Es gab Ende November ein Erlass des Innenministeriums von Sachsen-Anhalt. Ausschlaggebend war der Weihnachtsmarkt in Magdeburg. Das Ministerium habe sich veranlasst gesehen, kurz vor Öffnung der Weihnachtsmärkte, einen weiteren verschärften Erlass herauszugeben, wo teilweise weitere Verantwortlichkeiten den Kommunen wieder aufgebürdet werden solle. Man sei zwischen den Kommunen im Moment dabei dies abzusprechen, ob man sich gegen diesen Erlass Justiziar wehre.

Herr Peche möchte als Ausrichter etwas zum Thema sagen. Er könne die Kritik von Frau Stahlhacke und Herrn Hille verstehen, aber das die Leute Unmut hatten, dies könne er überhaupt nicht nachvollziehen. Er beziehe sich auf den Advent in den Höfen. Er bedankt sich bei der Stadtverwaltung und allen Beteiligten. Es war eine richtig gute Vorbereitung. Diejenige, welche das Sicherheitskonzept im Ehrenamt schreiben musste, bringe er Anerkennung entgegen. Das Konzept musste nicht nur einmal umgeschrieben werden, sondern dreimal, damit es funktioniere. Dies war auch der Grund, der veränderten Sperrzeiten. Hier konnte der Gewerbeverein und auch die Dame, welche das Konzept erarbeitet habe, nichts dafür. Am Tag der Veranstaltung wurde das Konzept vom Landesverwaltungsamt nochmals geändert, so dass die Sperrung eher erfolgen musste. Es war aber keinesfalls Unmut oder eine gedrückte Stimmung vorhanden. Es war das ganze Gegenteil. Viele Menschen waren unterwegs, es gab keine Krawalle, alles verlief friedlich und harmonisch. Es war ein gelungenes Fest über die 3 Tage.

Frau Stahlhacke erklärt, sie wollte kein Unmut äußern, sondern es ging nur um die frühzeitigere Sperrung, wo man nicht darauf vorbereitet war.

Herr Skrypek ergänzt. Es werde immer Sachen geben, welche man anpassen müsse.

Herr Janzen bezieht sich auf die Fahrradstraße. Es sei schön, dass diese vorhanden sei, aber als Einwohner des Gonnatals stelle sich ihm die Frage, wie komme er mit dem Fahrrad dorthin, ohne die Straße zu befahren.

Herr Schweiger antwortet. Es gebe kein allgemeines Verbot von Fahrrädern für Straßen. Man müsse die Straße benutzen, eine andere Möglichkeit bestehe aktuell nicht.

Herr Janzen sagt, dass man bereits über ein Jahr von einem straßenbegleitenden Radweg für das Gonnatal spreche. Es würde sich anbieten, diesen dort anzuschließen. Die Antwort wäre demnach, sie als Familie müssen mit den Radanhänger sich auf die Landstraße begeben, um dann die Fahrradstraße zu befahren.

Herr Schweiger bejaht dies, denn eine andere Möglichkeit gebe es aktuell nicht. Man rede nicht erst seit einem Jahr, sondern seit 10 Jahren über diesen straßenbegleitenden Radweg. Es sei eine L-Straße. Bisher konnte man das Land nicht dazu bewegen, hier die Notwendigkeit eines straßenbegleitenden Radweges zur Realisierung zu bringen. Die Verwaltung versuche dranzubleiben. Er habe im Bauausschuss öfters darüber berichtet, dass man genau diese

Voraussetzungen schaffen wolle, aber im Moment gelinge es der Verwaltung nicht. Man sollte aber nicht müde werden, dies weiter zu fordern, da es tatsächlich sinnvoll sei.

Herr Janzen fragt, ob seitens der Stadtverwaltung geplant sei, wenn es seitens des Landes nicht gewollt sei, selbst diese Maßnahme zu übernehmen.

Herr Schweiger verneint dies. Die Stadt könne es finanziell nicht leisten, jedenfalls nicht ohne Fördermittel. Er kenne kein Programm, was das gewähren würde. Es sei in seinen Augen eine Pflichtaufgabe des Landes und sollte weiterhin vom Land gefordert werden.

Herr Thunert informiert, dass am 08. Dezember 2025 der Tierarzt Dr. Zirkler seinen 79. Geburtstag gefeiert habe. Er sei seit 1973 – 52 Jahre – im Dienst. Dies sei, gerade in der heutigen schnell lebigen Zeit, etwas Außergewöhnliches. Die Lebensleistung eines Menschen werde erst dann erkannt, wenn dieser nicht mehr da sei. Er würde sich wünschen, dass Herr Zirkler eine außergewöhnliche Ehrung bekomme.

Herr Schweiger sehe es ähnlich. Er habe ihm persönlich gratuliert. Er sei außerordentlich froh, dass die Verwaltung im Bereich des Hochhauses ein privates Bauvorhaben anschieben konnte. Eine Tierklinik werde errichtet, denn auch Tierärzte seien mittlerweile sehr rar gesät.

17:12 Uhr – Beginn der Einwohnerfragestunde

Keine Anfragen.

17:12 Uhr – Ende der Einwohnerfragestunde

TOP 6 Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

TOP 6.1 Bestellung des Oberbürgermeisters der Stadt Sangerhausen zum Standesbeamten für Eheschließungen Vorlage: BV/238/2025

Begründung: Herr Schuster

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Beschlusstext:

Gemäß § 1 Abs. 2 i. V. m. § 1 Abs. 3 PStVO LSA sowie Ziffer 14.1.5 der Verwaltungsvorschrift des Landes Sachsen-Anhalt zur Ausführung des Personenstandsgesetzes beschließt der Stadtrat der Stadt Sangerhausen, mit Wirkung zum 01.01.2026, die Bestellung des Oberbürgermeisters Herrn Torsten Schweiger zum Standesbeamten, begrenzt auf die Tätigkeit „Durchführung von Eheschließungen“. Die Bestellung soll bis zum 31.07.2031 gelten.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

| | | | |
|-------------------|---|----|--|
| Ja-Stimmen | = | 30 | (Herr Schweiger ist befangen und stimmt nicht mit ab.) |
| Nein-Stimmen | = | 0 | |
| Stimmenthaltungen | = | 0 | |

Beschluss- Nr.: 1 - 13/25

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 1 - 13/25** registriert.

Herr Skrypek verliest die Urkunde zur Bestellung des Oberbürgermeisters und gratuliert Herrn Schweiger verbunden mit einer kleinen Rede.

**TOP 6.2 Beteiligung der Stadt an der SALEG Landes- und Kommunalservicegesellschaft mbH (SALEG Service GmbH)
Vorlage: BV/230/2025**

Begründung: Herr Schweiger

Im Rahmen der Diskussionen in den Ausschüssen sei gesagt worden, dass es kein Freifahrtsschein für die Verwaltung sein solle und alles in die SALEG schiebe, sondern man möchte vorher wissen, welche Projekte die Verwaltung an die SALEG übertrage. Dies sehe er als kein Problem an und stimme dem zu. Die Verwaltung werde jedes Mal das Vorhaben mit ihnen besprechen, was habe die Verwaltung vor und in welchen Umfang, damit sie sagen können, dass es in Ordnung sei. Er habe damit kein Problem ihnen diese Zusage der Einzelbestätigung zu geben.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit den Zusätzen, dass es entsprechend vorher bestätigt werde mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Antrag zur Aufnahme des Passus: Vorgesehene Übertragungen sind dem Hauptausschuss vorab zur Kenntnis zu geben.

Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Der Ausschuss stimmte der geänderten Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Predatsch, Vorsitzender des Ausschusses

Der Finanzausschuss hat über die Beschlussvorlage, mit dem Zusatz aus dem Sanierungsausschuss, dass „vorgesehene Übertragungen dem Hauptausschuss vorab zur Kenntnis gegeben werden“, abgestimmt.

Der Ausschuss stimmte der geänderten Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Beschlusstext:

1. Der Stadtrat beschließt die wirtschaftliche Beteiligung der Stadt Sangerhausen an der SALEG Landes- und Kommunalservicegesellschaft mbH mit einem Anteil i.H. v. 0,4%. Die Kosten für diesen Anteil belaufen sich auf 3.500 Euro. inkl. Notargebühren.

2. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister alle erforderlichen Maßnahmen für die Beteiligung der Stadt Sangerhausen an der SALEG Landes- und

Kommunalservicegesellschaft mbH zu veranlassen und entsprechende Erklärungen abzugeben.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 27
Nein-Stimmen = 3
Stimmenthaltungen = 1

Beschluss- Nr.: 2 - 13/25

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 2 - 13/25** registriert.

**TOP 6.3 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen gemäß § 105 KVG LSA in Höhe von 32.398,34 € für die Abwasserumlage 2025 an den Wasserverband Südharz
Vorlage: BV/240/2025**

Begründung: Frau Diebes

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Predatsch, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Ruppe, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat stimmt den überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 32.398,34 € für die Abwasserumlage 2025 an den Wasserverband „Südharz“ im

- Produkt 53810100 – Abwasserbeseitigung*
- Sachkonto 53130000 – Zuweisungen an Zweckverbände zu.*

Die Deckung erfolgt aus

- Produkt 11120100 – Finanzmanagement und Rechnungswesen*
- Sachkonto 44820000 – Erträge aus Kostenerstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden*
- 23.309,20 €*

sowie

- Produkt 12100100 – Statistik und Wahlen*
- Sachkonto 54310000 – Geschäftsaufwendungen*
- 9.089,14 €.*

Abstimmung über die Beschlussvorlage

| | | |
|-------------------|---|----|
| Ja-Stimmen | = | 31 |
| Nein-Stimmen | = | 0 |
| Stimmenthaltungen | = | 0 |

Beschluss- Nr.: 3 - 13/25

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 3 - 13/25** registriert.

TOP 6.4 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen gemäß § 105 KVG LSA in Höhe von 293.805,70 € zur Finanzierung der Freien Träger auf Grund neuer LEQ-Vereinbarungen Vorlage: BV/226/2025

Begründung: Herr Michael

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Schul- und Sozialausschusses, Stadtrat Herr Bärschneider, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Predatsch, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat stimmt den überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 293.805,70 zur Finanzierung der Freien Träger im

- *Produkt 36510100 – Tageseinrichtungen für Kinder
Sachkonto 54580000 – Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufende Verwaltungstätigkeit an übrige Bereiche zu.*

Die Deckung erfolgt aus

- *Produkt 11120100 – Finanzmanagement und Rechnungswesen
Sachkonto 44820000 – Erträge aus Kostenerstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden in Höhe von 148.805,70 €*
- *Produkt 21110100 – Grundschulen
Sachkonto 44820000 – Erträge aus Kostenerstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden in Höhe von 25.000,00 €*
- *Produkt 36510100 – Tageseinrichtungen für Kinder
Sachkonto 44820000 – Erträge aus Kostenerstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden in Höhe von 120.000,00 €.*

Abstimmung über die Beschlussvorlage

| | | |
|-------------------|---|----|
| Ja-Stimmen | = | 31 |
| Nein-Stimmen | = | 0 |
| Stimmenthaltungen | = | 0 |

Beschluss- Nr.: 4 - 13/25

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 4 - 13/25** registriert.

TOP 6.5 2. Nachtrag zum Straßenbeleuchtungsvertrag Vorlage: BV/239/2025

Begründung: Frau Diebes

Herr Hüttel verlässt den Raum 17:37 Uhr = 30 Anwesende

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung zu.

Der Straßenbeleuchtungsvertrag stamme aus dem Jahr 2002, wo die Ortsteile noch nicht Bestandteil der Stadt Sangerhausen waren. Die Verwaltung habe zugesagt, dass in 2026 über die Straßenbeleuchtung in den Ortsteilen eine extra Beschlussvorlage kommen werde.

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Herr Skrypek sagt, dies solle ein Thema zur nächsten Klausurtagung sein, um konkret sagen zu können, wie es mit den Straßenbeleuchtungen in den Ortschaften weitergehen solle.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt und bevollmächtigt, die Straßenbeleuchtung und die damit verbundenen Anlagen zum 01.01.2026 auf die Stadtwerke Sangerhausen GmbH zu übertragen. Durch eine Nachtragsvereinbarung zum Straßenbeleuchtungsvertrag vom 31.01.2026 ist diese Pflichtaufgabe abzusichern.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

| | | |
|-------------------|---|----|
| Ja-Stimmen | = | 29 |
| Nein-Stimmen | = | 0 |
| Stimmenthaltungen | = | 1 |

Beschluss- Nr.: 5 - 13/25

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 5 - 13/25** registriert.

**TOP 6.6 Beschlussfassung der Haushaltssatzung einschließlich Haushaltsplan der Stadt Sangerhausen für das Haushaltsjahr 2026
Vorlage: BV/236/2025**

Herr Hüttel zurück im Raum 17:39 Uhr = 31 Anwesende

Änderungsanträge der Fraktionen CDU und B.I.S. wurden vor der Sitzung verteilt.

Begründung: Herr Schuster

„Ihnen liegt ein ausgesprochen umfangreicher Haushaltsplan, der alle in Anlehnung an die Vorgaben des KVG LSA erforderlichen Daten und gesetzlichen Anlagen zum Gegenstand hat, vor.

Die Verwaltung verfolgt das Ziel, diesen Haushalt, mit der heutigen Lesung, auch gleichzeitig zu beschließen. Zugegebenermaßen ein sportliches Unterfangen, aber die Vorzüge, zeitnah zu Beginn eines neuen Haushaltsjahres arbeitsfähig zu sein, unterstreichen dieses Vorhaben. Dabei gilt natürlich, dass wir beginnend mit der Klausurberatung vor genau 2 Monaten uns inhaltlich mit dem Haushalt bereits beschäftigt hatten. Eine wesentliche Anregung aus der Klausurberatung fand auch Berücksichtigung im Haushalt, da wir das Projekt der Mauerwerkstrookenlegung im Museum in Angriff nehmen wollen.

Der Haushalt selbst weist im Ergebnisplan Erträge von gerundet 59,7 Mio. €, hingegen allerdings Aufwendungen von 61,6 Mio. €, aus. Da die Stadt Sangerhausen allerdings erstmals im Jahr 2024 eine Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses darstellen konnte, kann dieses Defizit durch Entnahme aus der Rücklage finanziert werden. Damit gilt der Ergebnisplan als ausgeglichen.

Im Finanzplan selbst sind die Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit mit gerundet 55,3 Mio. € ausgeglichen. In der Investitionstätigkeit fallen Einzahlungen in Höhe von 21,8 Mio. € an, allerdings Auszahlungen von 22,1 Mio. €. Auch dieses Defizit können wir erfreulicherweise ausgleichen, da die Stadt Sangerhausen im Jahr 2024 eine Kreditaufnahme in Höhe von 5,1 Mio. € genehmigt bekommen hatte, wovon im Haushaltsjahr 2025 ca. 4,8 Mio. € als Kredit zur Finanzierung von Investitionen aufgenommen wurde. Der Rest von etwas mehr als 300.000 € kann als Ermächtigungsübertragung zur Kreditaufnahme ins Jahr 2026 übertragen werden, sodass wir auch im Haushaltsjahr 2026 den Finanzplan in der Investitionstätigkeit ausgleichen können. Lediglich die Tilgung der Kredite in Höhe von 1,8 Mio. € sind derzeit im Ergebnisplan nicht zu erwirtschaften und gehen zu Lasten der Liquidität der Stadt Sangerhausen.

Gleichwohl führen die Eckdaten des Haushaltes dazu, dass dieser genehmigungsfähig ist. Schließlich enthält der Haushalt 2026 auch keine genehmigungspflichtigen Bestandteile, da eine neue Kreditermächtigung nicht verfolgt wird und der Höchstbetrag zur Inanspruchnahme des Liquiditätskredites unterhalb der Genehmigungsfreigrenze liegt. Somit wird der Höchstbetrag des Liquiditätskredites zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit in der Haushaltssatzung auf 11.061.900 € festgesetzt.

Die Stadt Sangerhausen hat von Anfang an, im Zuge der Diskussion um den Haushalt, nochmals darauf verwiesen, dass die Steuerhebesätze in Anlehnung an § 5 unserer Haushaltssatzung unverändert bleiben.

Zum Haushalt selbst und zur Haushaltssatzung möchte ich abschließend darauf hinweisen, dass wir im § 7 der Satzung einen Übertragungsvermerk für nicht verbrauchte Mittel ausgewiesen haben, da Ermächtigungsübertragungen nur im Investitionshaushalt nach den gesetzlichen Vorgaben bestehen und im Ergebnishaushalt die Übertragungen in das nächst folgende Haushaltsjahr 2027 nur mit einem Übertragungsvermerk realisierbar sind. Es betrifft hier die Maßnahmen, die aus dem Sondervermögen nach dem Länder- und Kommunalinvestitionsförderungsgesetz in die Erhaltung kommunaler Infrastruktur fließen.

Ich möchte es nicht versäumen, mich für die konstruktive Zusammenarbeit in allen Ausschüssen zu bedanken. Gleiches gilt für die Fraktionssitzungen, in welche wir eingeladen wurden.

In den Ausschusssitzungen gab es von Beginn an Hinweise und Änderungsempfehlungen. Man habe aktuell, welche Ihnen auf den Tisch liegen, diverse Änderungsanträge bekommen. 3 Anträge von der Fraktion B.I.S.. Der erste Änderungsantrag betrifft das Sondervermögen im investiven Bereich. Wir haben Ihnen ähnlich wie in der Klausur eine Liste vorgestellt, welche Maßnahmen wir subsumieren. Es kam bereits beginnend mit dem Sanierungsausschuss der Hinweis das diese Liste zu pauschal sei und der Stadtrat selber entscheiden möchte, welche Maßnahme aus dem Sondervermögen finanziert wird. Dies ist auch Gegenstand des ersten Änderungsantrages der B.I.S.-Fraktion. Über jede Verwendung des Sondervermögens möge der Stadtrat beschließen. Die Stadt Sangerhausen hat in Absprache mit dem Oberbürgermeister entschieden dies zu übernehmen, den Änderungsantrag, welcher Bestandteil werde. Der zweite Sperrvermerk betrifft die Gewinnentnahmen, welche im Haushalt ausgewiesen sind. Auch hier übernehmen wir den zweiten Änderungsantrag. Der dritte Änderungsantrag betrifft die Fortführung der Investition in Wolfsberg. Hier hatte die B.I.S.-Fraktion darauf verwiesen das wir in erheblichen Maßen investieren und aktuell auch, wenn wir uns jetzt in der Zielgeraden befinden die Betreibung des Bades noch nicht abschließend geklärt sei, daher hat die B.I.S.-Fraktion beantragt einen Sperrvermerk zunächst zu verhängen bis diese Aufgaben, die noch offen sind geklärt sind. Diesen Antrag wird die Verwaltung übernehmen. Der dritte Punkt betrifft das Thema 30 Jahre Kobermännchenfest. Es gab bereits in zwei Anträgen und durch die CDU-Fraktion ein Änderungsantrag. Hier möchten wir abweichend von der einfachen Übernahme Ihnen vorschlagen, dass wir die Aufwendungen für Heimatfeste, um jene 20.000 EUR erhöhen und möchten dies mit einer Selbstverpflichtung, die hier protokolliert wird, kundtun. Möchten die Darstellung der Maßnahme dann in der Haushaltsdurchführung 2026 darstellen. Dabei gilt wie bisher immer bei der Verwendung der Mittel das der Hauptausschuss über die Verwendung der Mittel entscheiden möge.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte dem vorliegenden Haushalt zu zustimmen.“

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Der Ausschuss stimmte dem Antrag mit 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen zu.

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Antrag: Sperrvermerk zur Gewinnentnahme

Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Antrag auf Zusatzergänzung zum Sondervermögen (analog LEADER-Projekten – Im Vorbericht wurde aufgenommen, dass es noch nicht genau feststeht, aber durch separate Stadtratsbeschlüsse festgelegt wird).

Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Der Ausschuss stimmte der geänderten Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Hüttel, stellv. Vorsitzender des Ausschusses

2 Änderungsanträge wurden gestellt:

Im Haushalt soll für Veranstaltungen 50.000 € (statt 30.000 €) eingeplant werden (da mehr Geld für das Kobermännchenfest benötigt wird – 30-jähriges Jubiläum) und ein Sperrvermerk für die Gewinnentnahme unserer Gesellschaften soll aufgenommen werden (siehe Sanierungsausschuss).

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Schul- und Sozialausschusses, Stadtrat Herr Bärschneider, Vorsitzender des Ausschusses

1 Änderungsantrag wurde gestellt:

Im Haushalt soll für Veranstaltungen 50.000 € (statt 30.000 €) eingeplant werden.

Der Ausschuss stimmte der Änderung mit 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen zu.

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Predatsch, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung zu.

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Ruppe, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung zu.

13 Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage zu. Ortschaftsrat Riestedt beantragt 1. Lesung.

Die Liste der Abstimmungsergebnisse aus den **Ortschaftsratssitzungen** wurde vor der Sitzung verteilt.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Für unsere traditionellen Stadtfeste im Jahr 2026 beantragen wir folgende finanzielle Unterstützung:

- für das 30. Kobermännchenfest 25.000,00 € (bisher 10.000 €)
und
- für das Frühlingserwachen, das Heimatshoppen und für Advent in den Höfen 15.000,00 € (bisher 10.000 €)

Begründung:

Wir wollen für unsere Bürger und Bürgerinnen schöne Feste mit tollen kulturellen Angeboten an denen jeder teilnehmen kann, also unbedingt ohne Eintritt.

Gerade das 30. Kobermännchenfest soll etwas ganz Besonderes sein. Hinzu kommen die erhöhten Kosten auf Grund der erforderlichen Sicherheitskonzepte. Aus diesen Gründen ist eine Erhöhung des finanziellen Zuschusses für unsere traditionellen Stadtfeste für das Jahr 2026 erforderlich.

1. Änderungsantrag der B.I.S.-Fraktion

Das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität nach § 2 Abs. 1 LuKIFG soll als Eigenanteil bei verschiedenen Investitionen im Haushaltsjahr 2026 und folgend eingesetzt werden.

Zweck des Sondervermögens ist es, zusätzliche Investitionen möglich zu machen. Aus unserer Sicht kann es nicht sein, dass der Eigenanteil von bereits im Vorfeld geplante Investitionen nun aus dem Sondervermögen finanziert werden soll. Daher beantragen wir, dass über jede einzelne Verwendung des Sondervermögens der Stadtrat zu beschließen hat, unabhängig von der Investitionsgröße.

2. Änderungsantrag der B.I.S.-Fraktion

Wir beantragen, auf die Gewinnentnahmen von SWG und KBS einen Sperrvermerk zu legen.
Begründung:

Die SWG hat einen massiven Investitionsstau und schafft es jetzt schon kaum, seinen Sanierungsverpflichtungen nachzukommen. Die Situation wird für die SWG in den nächsten Jahren nicht einfacher. Daher wäre es nicht sinnvoll die Gesellschaft durch die Entnahme zu schwächen.

Die KBS wird durch die erheblichen Kostensteigerungen bei der Sanierung des Stadtbads seine finanziellen Mittel in den kommenden Jahren benötigen. Daher wäre es auch hier nicht sinnvoll, die Entnahme zu tätigen.

3. Änderungsantrag der B.I.S.-Fraktion

Wir beantragen, auf die geplanten Ausgaben für das Bad in Wolfsberg einen Sperrvermerk zu legen.

Begründung:

Wir haben in den letzten Jahren bereits erhebliche Summen in Wolfsberg investiert. Die Bäder in anderen Ortsteilen wie Grillenberg und Wippra haben für ihre Sanierungstätigkeiten bedeutend weniger Mittel von der Stadt beansprucht. Daher müssen wir auf die Gleichbehandlung der Bäder in allen Ortschaften schauen, um hier Unmut zwischen den Ortschaften vorzubeugen.

Außerdem ist bislang nicht geklärt, wer das Bad in 2026 betreiben soll. Die KBS steht hierfür wahrscheinlich nicht zur Verfügung, da sie wieder das Stadtbad betreiben wird.

Wir können mit der Investition nicht mitgehen, wenn nicht geklärt ist, dass das Bad in 2026 geöffnet werden kann.

Herr Dobert bedankt sich für den Haushaltsentwurf 2026. Man habe in den Ausschüssen genügend gesagt, nur seien ihm 3 bis 4 Themen aufgefallen, um kurz darüber nachzudenken. Zum einen der übernommene Änderungsantrag im Hinblick auf das Sondervermögen. Er fragt, ob dies nur innerhalb der Wertgrenzen zugewiesen werde, welches Gremium dafür zuständig sei, damit man nicht wegen 500 EUR Investitionen in den Stadtrat gehe.

Herr Schuster antwortet. Der Stadtrat sei dafür zuständig.

Herr Schweiger ergänzt. 500 EUR Anträge seien nicht förderfähig aus dem Vermögen. Es gelte auch eine Wertgrenze. Er meine, sie sei bei 50.000 EUR.

Herr Dobert sagt, man habe Änderungsvorschläge zum Thema der Stadtfeste gehabt. Kobermännchenfest, Advent in den Rosenhöfen, Weihnachtsmarkt und dergleichen. Man sei zwar eine Gesamtstadt, mit zahlreichen Ortsteilen, aber es fallen die Ortsteile hinten runter. Es fehle ihm das Thema Feste in den Ortsteilen.

Herr Schuster meint, dies war auch Thema im gestrigen Hauptausschuss. Man sei gut beraten, die Verwendung der Gelder in die Zuständigkeit des Hauptausschusses zulegen, um auch bestimmte große Feste, welche in den Ortsteilen anfallen, zu ermöglichen.

Herr Dobert fragt bezüglich Drehstühle für die Verwaltung, ob weiterhin auf die blauen Stühle gesetzt werde, welche damals ausgewählt worden seien oder werden andere Fabrikate gewählt. Die Kosten waren damals ziemlich aufwendig.

Herr Schweiger antwortet. Es werden verschiedene Modelle gewählt, welche kostengünstig seien.

Herr Schmidt sagt, er werde dem Haushalt zustimmen. Nur sehe man anhand der Liste von den Ortschaftsräten, dass in 3 Ortschaftsräten nicht alles im Haushalt erfasst worden sei. Speziell was der Ortschaftsrat Riestedt anmerke, seien die Fußwege aus tiefsten DDR-Zeiten, welche eine echte Gefahr darstellen. Es wäre ein Grund, den Haushalt abzulehnen, aber die Mehrheit stimme sowieso zu. Er möchte darauf hinweisen, dass wenn die Ortsteile etwas haben, es nicht 10 bis 15 Jahre liegen bleibe. Er wisse nicht, ob eine Prioritätenliste existiere, wo z. B. die Brauhausgasse in Riestedt draufstehe. Er kenne keine Liste und bitte um Rückmeldung im Ortschaftsrat.

Herr Schweiger antwortet. Es sei nicht nur in 3 Ortschaften so, dass es etwas fehle, sondern auch in der Kernstadt und in den anderen Ortschaften. Leider seien am Ende immer noch viele Wünsche und Notwendigkeiten übrig. Aber er denke, mit Verweis auf das Sondervermögen, dass man durchaus noch die ein oder andere Maßnahme machen könne. Sie wissen, dass im Jahr 2026 viele Maßnahmen drin seien, welche man bereits vorhatte und nicht so viele neue, weil man befürchte, dass in 2026 eine ziemliche Überhitzung am Markt auftrete, wenn alle zusätzliche Maßnahmen planen. Man habe sich in der Verwaltung dazu verständigt, für 2027 in allen Ortschaften aus dem Sondervermögen etwas zu tun. Eine Prioritätenliste gebe es, aber diese sei schon lange über den Haufen geworfen. Stehen plötzlich Fördermittel für Maßnahmen zur Verfügung, dann ziehe man diese vor. Die Liste müsste demnach aktualisiert werden. In der Klausur wurde sie bereits besprochen, aber sie sei lebendig. Spätestens für 2027 müsse man diese fortschreiben, denn die Verwaltung beabsichtige aus dem Sondervermögen etwas zuzunehmen, da rund 12,5 Mio. EUR für die gesamte Laufzeit zur Verfügung stehen.

Herr Hille fragt, was es für einen zeitlichen Einfluss auf die Investitionen habe, wenn man den Sperrvermerk für das Bad in Wolfsberg beschließe. Man brauche die Investitionen, um das Bad zu betreiben. Er fragt weiterhin, ob man möglicherweise die nächste Badesaison verpasse, wenn man jetzt ein Sperrvermerk hineinmache.

Er hält ein Plädoyer und zitiert:

„Für ihn in seiner Kindheit war das immer eine Zeit, wo man wunderschön im Sommer baden konnte und auch die Generation nach mir hat das Bad immer sehr angenommen. Nun ist diese Sanierung von dem Bad eigentlich eine Sache, die in der letzten Legislatur beschlossen wurde und sofern ich es richtig überblicke, sind wir fast fertig mit der Sanierung. Es wäre, glaube ich für die Bürger vor Ort ein Fauxpas und schwer zu erklären, warum wir das Bad dann nicht nutzen, wenn es fast fertig ist und kurz vor Schluss starten.“

Herr Schweiger erklärt, dass aus seiner Sicht der Sperrvermerk kein Problem darstelle. Die Fördermittel seien beantragt, der endgültige Bescheid liege noch nicht vor. Sobald dieser vorliege und man die Fragen, um die Betreibung geklärt habe, komme man in den Stadtrat und beantrage die Aufhebung des Sperrvermerkes und es gehe sofort weiter. Es bedeutet demnach keine Verzögerung. Man habe nicht vor, das Bad in dieser Saison zu schließen. Es wurden mehrere Gespräche mit dem Verein in Wolfsberg geführt, die auch Leistungen übernehmen werden.

Herr Hüttel zitiert:

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, werte Stadträtinnen und Stadträte, liebe Bürgerinnen und Bürger, nur wenige Kilometer von hier, auf dem Schloss zu Allstedt, hielt Thomas Müntzer vor genau 500 Jahren seine berühmte „Fürstenpredigt“. Er stand dort vor den Mächtigen seiner Zeit und las ihnen die Leviten. Er erinnerte sie daran, dass ihre Macht kein Selbstzweck ist, sondern dass sie eine verdammte Pflicht haben: Den Schutz der Armen, der Schwachen und des

„gemeinen Mannes“. Er warnte die Fürsten: „Die Herren machen das selber, dass ihnen der arme Mann feind wird. Die Ursache des Aufruhrs wollen sie nicht weg tun.“

Warum beginne ich heute, Ende 2025, mit dem Bauernkrieg? Weil sich die Mechanismen erschreckend ähneln. Natürlich, wir leben heute in einer bürgerlichen Demokratie, nicht im Feudalismus. Aber schauen wir uns die Realität der Kommunalfinzen an:

Die „Obrigkeit“ – heute in Berlin und Magdeburg und im Kreishaus – bürdet uns immer mehr Lasten auf, entzieht uns aber gleichzeitig die Mittel zum Leben. Sie tun die (Müntzer) „Ursache des Aufruhrs“ – nämlich die chronische Unterfinanzierung der Städte – nicht weg.

Wir als Stadtrat von Sangerhausen sind heute nicht die Fürsten. Wir sind diejenigen, die zwischen den Mühlsteinen stehen. Und deshalb stehen wir in der Tradition derer, die für die Rechte der Bürger vor Ort kämpfen müssen.

In diesem Geiste der Verantwortung, aber auch des Trotzes gegen die Verhältnisse, blicken wir auf das vorliegende Zahlenwerk.

Uns liegt heute der Haushalt für das Jahr 2026 vor. Ich werde darauf verzichten, dieses Zahlenwerk schönzureden. Die Zeiten sind zu ernst für politische Kosmetik.

Was wir hier vor uns haben, ist ein Dokument des Widerstands gegen die Realitäten, die uns von oben diktiert werden. Es ist ein Spagat zwischen explodierenden Kosten, auf die wir meist keinen Einfluss haben, und der Notwendigkeit, unsere Stadt lebenswert zu halten.

1. Die finanzielle Lage: Wir werden im Stich gelassen. Wir planen mit einem Defizit von fast 2 Millionen Euro. Dass dieser Haushalt überhaupt genehmigungsfähig ist, ist kein Verdienst einer weitsichtigen Politik in Berlin oder Magdeburg. Es ist allein der Tatsache geschuldet, dass wir in Sangerhausen in der Vergangenheit gut gewirtschaftet haben und nun auf eine Rücklage zugreifen können, die wir rechtlich erstritten haben.

Wir verzehren jedoch diese Substanz. Technisch ist das ein „Ausgleich“. Politisch ist es wieder einmal ein Offenbarungseid des Finanzsystems für die Kommunen!

Müntzer würde sagen: Man schindet uns, bis nichts mehr da ist.

Die Personalkosten steigen auf über 27,6 Millionen Euro. Und wir als Linke sagen ganz deutlich: Das ist so! Die Tarifierhöhungen sind ein „Kostenfaktor“, den man nicht wegwürzen kann. Das ist der verdiente Lohn für die Erzieherin, den Bauhofmitarbeiter, die Verwaltungsangestellte. Der Skandal ist nicht, dass die Löhne steigen. Der Skandal ist, dass Bund und Land Aufgaben bestellen, aber die Rechnung dafür nicht bezahlen! Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen – dieser Grundsatz wird zu Lasten unserer Stadtkasse täglich verletzt.

Dazu kommt das Drama der Kreisumlage. Wir überweisen Millionen an den Landkreis, obwohl wir uns mitten im Rechtsstreit befinden. Und das gestrige Drama im Kreistag und vor allem die letzten Worte des Landrates nach der Entscheidung hat ja sicherlich der eine oder andere miterlebt. Wir kämpfen um jeden Euro für Sangerhausen, nicht aus Gier, sondern aus Notwendigkeit.

2. Soziale Gerechtigkeit als oberstes Gebot. Trotz dieser Lage senden wir heute, so hoffen wir es zumindest, ein Signal, das ganz im Sinne der sozialen Gerechtigkeit steht:

Und so wie es der Oberbürgermeister in seiner Rede gesagt hat. Wir erhöhen keine Steuern. Wir erhöhen keine Beiträge.

Die Hebesätze bleiben stabil. Besonders wichtig ist uns natürlich: Keine Erhöhung der Elternbeiträge für Kitas und Horte. Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir wollen in dieser fragilen Zeit niemanden zusätzlich belasten. Das ist gelebte Solidarität mit den Familien unserer Stadt!

3. Investitionen: Wir sparen uns nicht kaputt. Wer in der Krise aufhört zu investieren, gibt die Zukunft auf. Deshalb setzen wir 2026 Schwerpunkte:

•Arbeitsplätze: Über 11 Millionen Euro fließen in die Industriegroßfläche am Martinsriether Weg, zu 95 % aus Fördermitteln im Rahmen des Strukturwandels. Wir leisten uns richtigerweise weiterhin eine städtische Wirtschaftsförderung! Und das ist auch gut so!

•Sicherheit: Unsere Feuerwehrleute riskieren ihre Gesundheit für uns. Zustände wie in der Garage in Wolfsberg sind inakzeptabel. Wir investieren in Fahrzeuge und digitale Alarmierung. Sicherheit ist eine Pflichtaufgabe!

•*Bildung: Wir sanieren Schulen und Kitas – Brandschutz an der Grundschule Goethe, energetische Sanierung Südwest, Ganztagsbetreuung an der Grundschule Am Rosarium.*

•*Ratskeller Oberröblingen: Endlich geht es hier weiter.*

•*Die von uns seit vielen Jahren geforderte Trockenlegung des Spenglermuseums wird endlich angegangen sowie der Parkplatz am ehem. Gaswerk endlich fertiggestellt.*

•*Und nochmal zum Thema Strukturwandel-Mittel. Hier unterstützen wir ausdrücklich die Bemühungen unserer Verwaltung möglichst viele Projekte anzumelden, um unseren Investitionstau zu minimieren und seit Jahren liegengebliebene notwendige Baumaßnahmen umzusetzen.*

Ein Wermutstropfen für uns bleibt die Marienkirche. Es ist ein Trauerspiel, dass hier Förderprogramme fehlen bzw. nie zur Umsetzung kommen. Dieses Kulturdenkmal und aktuelle kulturelle Zentrum der Innenstadt darf nicht verfallen!

4. Das Märchen von den „freiwilligen Aufgaben“. Lasst uns zum wichtigsten Punkt kommen. Schauen Sie sich die Liste der sogenannten „freiwilligen Aufgaben“ an: Bibliotheken, Jugendarbeit, Sport, Bäder, Stadtfeste, Vereinsförderung, unser Rosarium, ja sogar minimalste Wirtschaftsförderung.

In was für einer bürokratischen Kälte leben wir, in der diese Dinge als „freiwillig“ gelten? Ist Jugendsozialarbeit freiwillig? Ist Kultur freiwillig? Ist Schwimmen lernen freiwillig? Sind Heimat- und Kulturfeste freiwillig? Nein! Das ist der Kitt unserer Gesellschaft!

Dass wir hier über einen Haushalt abstimmen, der diese Bereiche schützt und eben nicht kaputtspart, ist der richtige Weg. Eine Stadt ohne Kultur und Sport ist nur eine Ansammlung von Häusern, aber keine Heimat!

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt 2026 ist, wie seit Jahrzehnten „auf Kante genäht“. Er funktioniert nur durch Rücklagen und Fördermittel. Wir sind „auskonsolidiert“.

Aber lassen Sie uns zum Schluss noch einmal an die Mahnung aus Allstedt denken. Unsere Aufgabe hier im Rat ist es nicht, den Mangel nur zu verwalten oder nach unten zu treten. Unsere Aufgabe ist es, Schutzschild für die Bürgerinnen und Bürger zu sein.

Mit diesem Haushalt tun wir genau das: Wir sichern die Handlungsfähigkeit. Wir schützen vor Mehrbelastungen. Wir investieren in die Zukunft. Und wir verteidigen das soziale Miteinander gegen den Rotstift der Kälte.

Thomas Müntzer forderte, dass die Gewalt dem „gemeinen Volk“ gegeben werden soll. Wir übersetzen das heute so: Das Geld der Steuerzahler gehört dorthin, wo es den Menschen dient – in unsere Schulen, in unsere Vereine, in unsere Stadt.

Deshalb bitte ich Sie so wie unsere Fraktion: Stimmen Sie diesem für uns gangbaren, diesem notwendigen Weg zu.

Vielen Dank.“

Herr Gehlmann sagt, er wollte klarstellen, das Wort Sondervermögen sei für ihn Wortbetrug an der Gesellschaft. Es seien Schulden die aufgenommen werden. Das sollte man nicht so hoch hängen, sondern mehr kritisieren. Er möchte auf den Änderungsantrag der CDU-Fraktion eingehen. Er fragte vorhin nach den Kosten für die Sicherheit des Weihnachtsmarktes. Da sagte der Oberbürgermeister, die übernehme der Veranstalter. Nun sehe er im Antrag der CDU-Fraktion für das Kobermännchenfest und Frühlingserwachen, dass die Kosten für die erforderlichen Sicherheitskonzepte steigen und die soll nun die Stadt übernehmen, so lese er es aus dem Antrag heraus. Dies verwundere ihn. Einerseits die CDU mit ihrer Willkommenskultur und dann solle der Steuerzahler für die Sicherheit auch noch sorgen. Dies könne man nicht wegreden. Der Weihnachtsmarkt sieht aus wie eine Festung und in Zukunft wolle man sich immer mehr einigeln. Er könne dem nicht zustimmen, das widerspreche sich. Gestern war im Kreistag die Kreisumlage auf Vorschlag der SPD auf 35 % angesetzt. Er fragt, wie viel Kreisumlage in der Berechnung des Haushalts der Stadt Sangerhausen sei.

Herr Schweiger antwortet. Man habe mit niedrigeren Werten gerechnet.

Bezüglich der Feste sei immer der Veranstalter für die Kosten zuständig, die überrennen ihn und da sei auch das Kobermännchenfest nicht davon verschont, deswegen auch der Antrag

an die Stadt mit einem erhöhten Zuschuss zu helfen. Die Verwaltung erkenne diesen an. Er habe es auch so verstanden, dass mehrheitlich dies so gewünscht sei, denn es können sich alle nicht vorstellen, dass das Kobermännchenfest möglicherweise an solchen Sachen scheitere und er persönlich möchte es auch nicht scheitern sehen. Somit wurde dem Antrag zugestimmt und übernommen, dass es richtig und notwendig sei, an dieser Stelle zu helfen. An den großen Rahmenbedingungen, da habe Herr Gehlmann recht, da sei er auch nicht zufrieden, wie man es handhabe, aber im Moment habe man keine andere Chance. Politik beginnt mit dem Anerkennen der politischen Realität. Sicherheitskonzepte müssen demnach gemacht werden und man komme nicht daran vorbei.

Frau Biedermann bitte Herrn Gehlmann, wenn er Begründungen nehme diese komplett zu nehmen und nicht nur Teile davon. Teile von irgendetwas seien auch Lügen.

Herr Schuster ergänzt zur Höhe der Kreisumlage. Man habe bekanntlich knapp 6,9 Mio. EUR eingestellt, damit sei der Haushalt ausgeglichen. Der Beschluss zum Haushalt des Landkreises gestern müsse noch genehmigt werden. Bei 35 % Kreisumlage würde es eine Belastung von 11,4 Mio. EUR bedeuten, 4,5 Mio. EUR mehr. Folge wäre in ersten Entwürfen des Vergleiches sei uns eine Zahlung angedeutet wurden, auch in Verrechnung mit Kreisumlageforderungen und alles andere müsste einen Nachtrag bringen bzw. Liquiditätshilfe vom Land.

Herr Danilo Siefke sagt, jedes Jahr aufs Neue den Haushalt zu machen sei sicherlich nicht einfach, aber zum Glück sei Papier geduldig. Er fragt, ob der Haushalt für 2026 ohne den aufgenommenen Kredit nicht ausgeglichen wäre.

Weiterhin hätte er gern schriftlich beantwortet, wann und wie lange hat die Stadt Sangerhausen den Liquiditätskredit nicht in Anspruch genommen und in welcher Höhe war der Liquiditätskredit ausgeglichen. Man lebe nur auf Pump und es sei für ihn nur erkaufte Zeit.

Herr Schweiger antwortet. Bezüglich des Kredites hätte er recht, das habe zum Haushaltsausgleich geführt, so wurde es auch kommuniziert, dass es erforderlich war. Zur Frage des Liquiditätskredites könne man es gern zusammenstellen, aber wenn er sich die OB-Berichte jeder Ratssitzung ansehe, werde über den Stand immer berichtet.

Herr Danilo Siefke interessiere, wie lange die Stadt Sangerhausen fähig sei ohne Liquiditätskredit zu funktionieren. Das Jahr habe 12 Monate und ein Monat habe durchschnittlich 30 Tage. Die Stadt lebe nur von dem Liquiditätskredit. Ziel müsste es doch sein, irgendwann von den Schulden herunterzukommen und nicht neue Schulden zu machen. Es wäre schön, den Liquiditätskredit herunterzuschrauben, dass man vielleicht sage, man habe es geschafft in 5 Jahren nur noch 1 Mio. EUR zu benötigen. Sicherlich sei es schwierig, aber man könne nicht unbegrenzt nur Schulden machen.

Herr Schweiger gebe ihm recht, der Liquiditätskredit sei auch begrenzt.

Herr Schuster informiert. 1/5 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Herr Schweiger erklärt, man könne demnach nicht unendlich den Kredit hochschrauben. Man könne zwischendurch einmal ein leichtes Plus haben, aber dies seien kleine Zeiten. Im Wesentlichen sei eine Inanspruchnahme vorhanden, wie übrigens bei jeder anderen Kommune auch. Ein Liquiditätskredit sei zum Schluss nichts anderes als ein Dispokredit, den jeder möglicherweise habe. Bedenklich sei bei uns, dass die Zeiten der Inanspruchnahme doch sehr extrem und dauerhaft über das Jahr seien. Aber diesen müsse man sich immer im Rahmen des Haushaltes wieder genehmigen lassen bzw. wenn man unter dem 1/5 liege, dann sei keine separate Genehmigung notwendig. Der Gesetzgeber habe anerkannt, dass es offenbar ein notwendiges Mittel in der strukturellen Unterfinanzierung sei.

Herr Peche zitiert:

„Bevor ich zu meinen Ausführungen komme, zu dem Sperrvermerk. Ich hoffe, es wird nicht falsch verstanden. Wir wollen nicht irgendwas verhindern oder nach hinten schieben, sondern wir wollen durch den Sperrvermerk genau das Gegenteil erwirken.

A – Denken wir an voriges Jahr zurück an unseren Haushalt, wir mussten in Wolfsberg viel mehr Geld ausgeben als das, was wir überhaupt geplant haben und auch in Planansätze hatten wir in unserem Haushalt.

B – Denken wir daran an die beide anderen Bäder, und das dürfen wir wirklich nicht vergessen, wie die Bäder betrieben werden, was voriges Jahr uns das Bad Wolfsberg durch die kommunale Bädergesellschaft gekostet hat, dass darf uns nicht noch mal passieren. Wir haben den Antrag nicht gestellt, um dort etwas zu verhindern, sondern wir haben die Befürchtung, wenn das so weitergeht, wie das in den vergangenen Jahren war, dass wir überhaupt nicht mehr die finanziellen Mittel für alle drei Bäder aufbringen können, dass sie erhalten bleiben können. Deswegen ja, wie der Oberbürgermeister es gesagt hat, alles was mit Fördermitteln kommt und Eigenmitteln durch die Stadt soll gemacht werden und dadurch, dass es doch transparenter sein soll, wollen wir das mit Sperrvermerken hinterlegen, damit wir hier im Rat darüber diskutieren können. Auf keinen Fall wollen wir die Maßnahme ablehnen, sehen wir genauso bei den Sperrvermerken für unsere Gesellschaften. Wir möchten darüber sprechen und es dann gegebenenfalls auch so einbringen.

Jetzt zum Haushalt noch einige Ausführungen.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vorsitzender, wir beraten heute den Haushalt 2026 und von unserer Fraktion ist es nicht nur eine Floskel, sondern das ist wirklich ehrlich gemeint, wir möchten uns zuerst bei allen Denjenigen bedanken in der Verwaltung, die dieses umfangreiche Zahlenwerk erarbeitet haben. Wenn man in den Rechner reinschaut sieht man es immer nur seitenweise. Wir als Fraktion haben einmal das umfangreiche Werk da, damit kann man auch sehr gut arbeiten. Das aufzustellen, uns vorzubereiten und die kritischen Fragen zu beantworten, das ist schon ein Kraftakt, den die Verwaltung hier bringt. Wenn wir auch viele Punkte kritisch sehen und hinterfragen, möchten wir uns dafür bedanken und besonders bei Frau Wunder und Herrn Schuster, wie sie das immer in den Ausschüssen vortragen oder uns auch in unseren Fraktionssitzungen den einen oder anderen Hinweis geben können und uns auch überzeugen können von der einen oder anderen Sache, dass ist auf jeden Fall Anerkennung und Achtung dazu. Aber nichts desto trotz, wir beraten heute über den Haushalt 2026 und wie jedes Jahr stehen wir vor der gleichen Frage, wollen wir Politik gestalten, wenn wir finanziell kaum noch Luft zum Atmen haben. Wenn wir daran denken an unseren Investitionsstau und Investitionsliste, wir müssten eigentlich einen ganz anderen Haushalt aufstellen. Deswegen ist es schon wirklich verwunderlich auf der einen Seite und der anderen Seite doch sehr gut, was hier aufgestellt wurde. Wir sind im Stadtrat das letzte Glied in der Kette. Vom Bund über die Länder, den Landesverwaltungsämtern, die aus unserer Sicht eine immer größere Bedeutung bekommen, bis hin zu den Landkreisen, überall wird verteilt, entschieden und festgelegt. Und wenn es bei uns ankommt, bleibt nur noch das, was übrig ist, Luft zum Leben Fehlanzeige. Manchmal fühlt es sich so an als wären wir nicht das letzte Glied, sondern das letzte Rad am Wagen und dieses läuft schon lange nicht mehr rund. Dennoch, wir müssen damit arbeiten, uns bleibt nichts anderes übrig. Das zeigt sich schon darin, dass wir den Haushalt 2026, wie schon Vorredner sagten, nur durch Rücklagen durch die erfolgreiche Klage gegen die Kreisverwaltung, wo wir das Geld bekommen haben und die Inanspruchnahme alter Kreditgenehmigungen überhaupt genehmigungsfrei bekommen. Das ist kein Zeichen der Stärke, sondern ein Zeichen der Schwäche. Die Kreisumlage, nicht nur wenn wir über den Haushalt sprechen, ich glaube in fast jeder Ratssitzung schwebt sie über uns und sie ist das beste Beispiel für eine Schiefelage in der kommunalen Familie insgesamt. Wir als Stadtrat planen mit 6,9 Mio. EUR. Eine enorme Belastung angemessen an unsere Möglichkeiten. Wie wir jetzt erfahren haben, der Kreis liegt bei etwa 35 Prozent, das heißt, dass etwa noch 4 bis 5 Mio. EUR hier daraufkommen. Und jetzt kommt eigentlich das fast Perverse in der Richtung und trotzdem reicht diese Umlage beim Landkreis nicht aus, um auskömmlich finanziert zu sein. Wir geben das letzte Geld aus, können nichts weiter machen, geben das dem Kreis. Und richtig nützt es ihm gar nichts, denn er kann auch seine Pflichten

und freiwilligen Aufgaben nicht erfüllen kann. Wir zahlen mehr als wir können und trotzdem ist es nicht genug, es ist ein Fass ohne Boden, das unsere kommunale Selbstverwaltung untergräbt. Und damit steht eigentlich unsere Demokratie auf dem Prüfstand. Ich möchte aber noch zu einigen Fakten zu unserem Haushalt kommen. Wir investieren über 12 Mio. EUR für den Erwerb von Grund und Boden für das neue Industriegebiet, ein starkes Signal für die Zukunft aber auch eine enorme Belastung und wir dürfen dabei nicht vergessen, für das gescheiterte Projekt IBM haben wir bereits Flächen erworben. Wir bitten und haben das jetzt auch in der Diskussion schon erfahren, Herr Schuster hat es uns schon mitgeteilt, es wäre doch anstrengenswert und es wird auch daran gearbeitet hier einen Flächenaustausch vorzunehmen. Wir müssen auch den Zuschuss für unsere Rosenstadt GmbH mit einer Höhe von 444.000 EUR ansprechen, eine gigantische Summe. Was uns dabei am meisten bewegt, darin enthalten sind auch die Aufwendungen für das Stadtmarketing die wir hier haben. Wir sagen klipp und klar und hoffen, dass wir das anders hinbekommen, wir müssen das Wort Stadtmarketing endlich mit Leben erfüllen. Unsere Innenstadt verliert immer mehr Anziehungskraft, Geschäftsschließungen und Leerstand sind sichtbare Zeichen. Wir nehmen es fast schon gegeben hin. In der letzten Sitzung des Stadtrates in der vergangenen Legislaturperiode haben wir zum Beispiel ein 18-Punkte-Programm für die Innenstadt beschlossen. Davor hatten wir über 10 Beratungen, nicht nur mit Stadtratsmitgliedern, sondern auch mit dem Gewerbeverein, mit der Rosenstadt GmbH und vielen anderen Interessierten und sogar der damalige Geschäftsführer der Rosenstadt GmbH, der sich zu Anfang nicht damit anfreunden konnte, hat die Forderung mitgetragen, dass wir die Tourismusinformation wieder in die Stadt bekommen müssen, das muss eine wichtige Aufgabe schon bevor wir das Rathaus fertigstellen unser Ziel sein. Wenn wir in den Haushaltsdiskussionen gesprochen haben, wir investieren zwar in das alte Rathaus, aber 2026 werden wir noch keine großen Baumaßnahmen sehen und ob wir überhaupt in dieser Legislaturperiode die Einweihung feiern können im alten Rathaus ist doch sehr fraglich. Deswegen sollte darüber nachgedacht werden und wir hatten das letzte Mal einen kleinen Disput Herr Oberbürgermeister zum Bahnhof, dort ist jetzt übrigens ein Automatenverkauf drin, das erste regt sich, was auch gut ist, aber die Räumlichkeiten haben wir ja sowieso, wir bezahlen dafür Miete und in den Wintermonaten, er möchte den Herrschaften im Rosarium nicht zu nahe stehen, was läuft dort in der Tourismusinformation, wo kommen da Bürger von außerhalb hin. Deswegen lassen Sie uns das in eine der ersten Ratssitzungen zum Thema werden, wie wir hier eine Verbesserung für die gesamte Stadt bekommen können.

Auch zum Sondervermögen möchten wir was sagen. Wir begrüßen das Sondervermögen, wir wissen auch, dass es Schulden sind. Es wird schön geredet mit Sondervermögen, aber es nützt uns fehlende Mittel die wir haben teilweise umzusetzen und Maßnahmen zu beginnen die damit erforderlich sind. Zu den Personalkosten, das sehen wir als Fraktion etwas anders als es Herr Hüttel sieht. Ich glaube, keiner von uns möchte, dass ein Mitarbeiter oder Mitarbeiterin der Verwaltung weniger Geld bekommt und jeden Pfennig gönnen wir ihnen auch, nur wenn die Tarifsteigerungen so weiter gehen im öffentlichen Dienst, das ist ein Fass ohne Boden, dann müssen alle anderen Maßnahmen wieder teurer werden, das ist eine kleine Inflation. Man sollte da wirklich drüber nachdenken, dass wir nicht die dreißiger Jahre wiederholen, wo wir das hatten und wir schaffen dadurch auch in unserer Gesellschaft eine Klassengesellschaft. Schauen sie jetzt zum Beispiel bei Porsche, die bauen zwar Autos für die Oberklasse, aber da soll jede 4. Arbeitskraft abgebaut werden. Bei Siemens, in Großbetrieben, Bosch denkt über Abbau von Arbeitskräften in Größenordnungen nach und deswegen ja, es ist richtig für die fleißige Arbeit, dass sie ihr Geld bekommen, aber Tariftreue heißt auch, angemessen miteinander umzugehen, beide Tarifpartner und daran zu denken und es ist ein Gebot der Zeit, wo wir jetzt stehen.

Zur Modernisierung des Rathauses noch ein paar Wörter. Er hatte es schon gesagt, es zieht sich hin bestimmt bis zum Ende des Jahrzehntes und die Marienkirche kommt dadurch aus unserer Sicht immer weiter ins Hintertreffen. Es ist schon eigentlich dem Verein gar nicht mehr zu vermitteln, dass wir über Jahre immer wieder sagen, jawohl wir arbeiten daran, wir versuchen Fördermittel zu bekommen oder andere Sachen die wir da reinbringen, dass überhaupt was gemacht wird. Leider läuft dort so gut wie überhaupt nichts und es ist wirklich

ein kulturelles Zentrum unserer Stadt. Dort werden im Jahr über 30 Veranstaltungen durchgeführt und man sollte doch hier versuchen noch andere Möglichkeiten zu finden, dass wir hier auch weiterkommen. Durch die hohen Kosten die wir bei der Modernisierung des Rathauses haben, können wir natürlich auch nicht so viele Mittel, weil wir ja nur bescheidene Mittel zur Verfügung haben, für die Lebendigen Zentren oder die LEADER-Projekte in Ansatz bringen. 500.000 EUR, jawohl Herr Schuster, das ist eine Hausnummer, aber ich glaube, diese Hausnummer könnte in einer anderen Größenordnung sein.

Zum Schluss noch das Defizit aus unserer Finanztätigkeit beträgt immerhin 1.866.300 EUR und muss aus dem Liquiditätskredit gedeckt werden. Wenn man sich das vorstellt, nur dadurch wird genehmigungsfähig und wir haben es mal das Märchenbuch genannt, aber es ist die 19. Fortschreibung unseres Haushaltskonsolidierungsprogramms. Wenn man reinschaut bei dem Liquiditätskredit, die Entwicklung 2027/2028/2029, da steigt der Liquiditätskredit nochmal um 6,6 Mio. EUR an, wir haben dann sicher keine Rücklagen mehr. Wir haben vielleicht auch keine Kredite mehr und wir wissen nicht, da sind wir vom lieben Gott und von der Landesregierung abhängig, was die machen, ob sie uns Zuschüsse geben, dann haben wir auch keinen genehmigungsfähigen Haushalt mehr und das ist wirklich nicht gut. Man könnte fast sagen, wir haben die modernste Form der Haushaltsführung erfunden. Wir verwalten den Mangel und dagegen sollten wir aufbegehren, geht nicht, aber sollten wir immer wieder unsere Finger in die Wunde legen, es ansprechen an allen Möglichkeiten die wir haben, damit die Kommunen besser ausgestattet werden. Dankeschön. „

Herr Danilo Siefke beantragt eine namentliche Abstimmung.

Herr Kemesies bezieht sich nochmals auf den CDU-Antrag. Er fragt, ob der Antrag so bestehen bleibe. Herr Schuster sagte, dieser werde übernommen.

Herr Skrypek bestätigt dies.

Herr Kemesies fragt, ob es so bleibe, wie es Herr Schuster gesagt habe, dass die Höhe reingenommen werde und der Hauptausschuss darüber entscheide. Er möchte es klar wissen.

Herr Schuster antwortet. Genauso mache man es. Die Diskussion wie sie gestern im Hauptausschuss verlief, führte letztendlich dazu, dass die Verwaltung sage, die 20.000 EUR mehr und über die Verwendung entscheide der Hauptausschuss.

Herr Schultze sagt, wenn man nun 20.000 EUR draufpacke, was er persönlich kritisch sehe, dann habe man eine Unterdeckung im Haushalt.

Herr Schuster verneint dies. Man habe jetzt keine Änderung im Zahlenwerk des Haushaltes vor. Man habe eine Selbstbindung des Oberbürgermeisters. Eine Erklärung, dass er in der Haushaltsdurchführung 2026 dieses Geld zur Verfügung stelle.

Herr Schweiger erklärt, es gebe einen über- / außerplanmäßigen Antrag mehr, welcher über die 20.000 EUR zur Auffüllung dieser Haushaltsstelle diene und die Verteilung beschließe man im Hauptausschuss.

Herr Dobert sagt, dann müsse man die CDU-Fraktion fragen, ob sie ihren Antrag jetzt zurücknehme infolgedessen, denn der bestehe weiterhin. Es sei etwas anderes als das, was die Verwaltung gesagt habe.

Herr Schweiger antwortet. Dies sei aus seiner Sicht überhaupt nicht notwendig. Die CDU-Fraktion habe beantragt, dass 20.000 EUR mehr zur Verfügung gestellt werden, dem habe die Verwaltung zugesagt. Herr Kemesies habe gesagt, dass dies im Hauptausschuss bestätigt werde.

Herr Dobert erwidert, dass genau das gerade von Herrn Schuster anders gesagt worden sei. Man ändere am Zahlenwerk überhaupt nichts und mache im Rahmen der Haushaltsdurchführung üpl- /apl im Zweifel. Das heißt, der Änderungsantrag der CDU-Fraktion bedeute eine Erhöhung des Haushaltsansatzes. Die Verwaltung sage, man mache es in der Haushaltsdurchführung.

Herr Schweiger sagt, dies stehe nicht darin, dass das eine Änderung des Zahlenwerkes betreffe. Dies sei seine Interpretation des Textes. Die CDU-Fraktion habe gesagt, dass 20.000 EUR mehr Geld zur Verfügung gestellt werden sollen. Im Rahmen der Haushaltsdurchführung werde man es tun.

Herr Hille erklärt zum Verständnis des Zahlenwerkes des CDU-Antrages. Es seien für das Kobermännchenfest 15.000 EUR mehr und für das Frühlingserwachen, das Heimatshoppen und für Advent in den Höfen zusammen 5.000 EUR mehr geplant, somit in Summe 20.000 EUR.

Herr Skrypek bestätigt dies.

Herr Schweiger erklärt. In der Haushaltsstelle waren 3 Positionen mit jeweils 10.000 EUR geplant. Einmal der Weihnachtsmarkt mit 10.000 EUR, einmal das Kobermännchenfest mit 10.000 EUR und einmal 10.000 EUR für das Frühlingserwachen, das Heimatshoppen und für Advent in den Höfen. Die 2 Positionen mit Kobermännchenfest und Frühlingserwachen, das Heimatshoppen und für Advent in den Höfen werden um 20.000 EUR erhöht. Die erste Position für den Weihnachtsmarkt bleibe unverändert bei 10.000 EUR. Dies bedeute, dass es von 30.000 EUR auf 50.000 EUR steige.

Herr Schmidt sagt, wochenlang könne man sich mit dem Haushalt beschäftigen und kurz vorher komme der Antrag der CDU zum Haushalt. Er fragt, ob man nicht gesondert über diesen Antrag abstimmen könne.

Herr Peche sagt, es stehe ihm nicht an, Ratschläge zu geben, aber die CDU-Fraktion solle nochmal über den Änderungsantrag nachdenken. Der Oberbürgermeister habe in Ausschusssitzungen, Fraktionssitzungen und heute in der Ratssitzung gesagt, man finde Mittel und Wege. Man verwirre sich gerade selbst. Er bitte darum, den Antrag ruhen zu lassen.

Herr Schweiger antwortet. Man müsse über den Änderungsantrag gar nicht abstimmen, so wie man über die anderen Anträge von der B.I.S.-Fraktion auch nicht abstimmen müsse. Deswegen muss hier auch gar nichts beschlossen werden, weil wie bei den anderen Anträgen auch, habe er gesagt, dass die Verwaltung das übernehme und das man das im Rahmen der Haushaltsführung so durchführen werde. Von daher muss jetzt über keinen Antrag abgestimmt werden, sondern insgesamt über dieses Werk, so wie es ihnen vorliege.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt nach öffentlicher Beratung die Haushaltssatzung einschließlich Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026 wie folgt:

1. Haushaltssatzung der Stadt Sangerhausen für das Haushaltsjahr 2026

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie einhergehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen enthält, wird

| | | | |
|----|---|------------|---|
| 1. | <i>Im Ergebnisplan mit dem</i> | | |
| | a) Gesamtbetrag der Erträge auf | 59.662.300 | € |
| | b) Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 61.605.500 | € |
| 2. | <i>Im Finanzplan mit dem</i> | | |
| | a) Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 55.309.800 | € |
| | b) Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 55.309.800 | € |
| | c) Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf | 21.819.400 | € |
| | d) Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf | 22.142.200 | € |
| | e) Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf | 0 | € |
| | f) Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf | 1.866.300 | € |

festgesetzt.

§ 2

Eine Kreditermächtigung wird nicht veranschlagt.

§ 3

Der Gesamtbetrag für Verpflichtungsermächtigungen wird auf 50.364.100 € festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit wird auf 11.061.900 € festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Grund- und Gewerbesteuern werden wie folgt festgesetzt:

| | | | |
|----|---|-----|------|
| 1. | Grundsteuer | | |
| | 1.1. für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Grundsteuer A) auf | 400 | v.H. |
| | 1.2. für Grundstücke/Grundvermögen (Grundsteuer B) auf | 433 | v.H. |
| 2. | Gewerbesteuer auf | 400 | v.H. |

§ 6

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 105 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt sind erheblich, wenn sie im Einzelfall folgende Wertgrenzen übersteigen:

- a) Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen beschließt der Stadtrat nur, wenn sie den Betrag von 25.000 € übersteigen.
- b) Der Hauptausschuss beschließt über über- und außerplanmäßige Aufwendungen und

Auszahlungen, wenn sie den Wert von 10.000 € übersteigen bis zu einem Wert von 25.000 Euro.

- c) Die Zuständigkeit zur Entscheidung über die Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bis 10.000 € wird auf den Oberbürgermeister übertragen.

§ 7

Im Haushaltsjahr 2026 nicht verbrauchte Mittel in nachfolgend aufgeführten Produkten/Sachkonten können gemäß § 19 Absatz 1 KomHVO LSA nach 2027 übertragen werden. Sie bleiben längstens bis zum Ende des folgenden Haushaltsjahres verfügbar.

| Produkt | | Sachkonto | |
|----------|-------------------------------|-----------|---|
| 11110100 | Verwaltungssteuerung | 54920000 | Fraktionszuwendungen |
| 25210100 | Museen | 52110001 | Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (LuKIFG) |
| 25320100 | Europa Rosarium | 52110001 | Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (LuKIFG) |
| 36510100 | Tageseinrichtungen für Kinder | 52110001 | Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (LuKIFG) |
| 54100100 | Gemeindestraßen | 52110000 | Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens (teilweise LuKIFG) |
| 54100100 | Gemeindestraßen | 52210001 | Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens (LuKIFG) |
| 57310100 | Mehrzweckgebäude | 52110001 | Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (LuKIFG) |

Herr Skrypek bittet um die namentliche Abstimmung:

| | | J | N | E |
|--------------------------|----------------------------|---|---|---|
| Oberbürgermeister | Schweiger, Torsten | X | | |
| | | | | |
| CDU | Biedermann, Sandra | X | | |
| | Ruppe, Patrick | X | | |
| | Schmiedl, Frank | X | | |
| | Schachtel, Volker | X | | |
| | Sanhen, Martin | X | | |
| | Skrypek, Andreas | X | | |
| | Stahlhacke, Regina | X | | |
| | | | | |
| BOS-FDP | Schultze, Tim | X | | |
| | Görlich, Uwe | X | | |
| | v. Dehn-Rotfelser, Gerhard | X | | |
| | Janzen, Alexander | | X | |

| | | | | |
|---------------------|--------------------|-----------|----------|----------|
| DIE LINKE. | Hüttel, Holger | X | | |
| | Kotzur, Klaus | X | | |
| | Spröte, Karoline | X | | |
| | Künzel, Sabine | X | | |
| | | | | |
| B.I.S. | Peche, Klaus | X | | |
| | Milus, Käthe | X | | |
| | Predatsch, Daniel | X | | |
| | | | | |
| SPD | Kemesies, Arndt | X | | |
| | Dr. Hille, Erik | X | | |
| | Schmidt, Helmut | | X | |
| | | | | |
| AfD | Bärschneider, Andy | X | | |
| | Baust, Andrea | | | X |
| | Gehlmann, Andreas | | X | |
| | Thunert, Martin | X | | |
| | Koch, Franziska | | | X |
| | Wilke, Thomas | X | | |
| | | | | |
| SOS | Ostrowski, Uwe | | X | |
| | Siefke, Danilo | | X | |
| | | | | |
| fraktionslos | Dobert, Alexander | | | X |
| | | | | |
| | | | | |
| Summe | | 23 | 5 | 3 |

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 23
 Nein-Stimmen = 5
 Stimmenthaltungen = 3

Beschluss- Nr.: 6 - 13/25

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 6 - 13/25** registriert.

TOP 6.7 Beschlussfassung der 19. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Haushaltsjahre 2010 bis 2029 der Stadt Sangerhausen
 Vorlage: BV/237/2025

Begründung: Herr Schuster

„Zum Haushaltsplan nebst Haushaltssatzung gehört auch in diesem Jahr ein Konsolidierungskonzept, zwischenzeitlich die 19. Fortschreibung. Diesen können Sie entnehmen, dass es erfreulicherweise gelungen ist, alle Fehlbeträge vergangener Jahre durch gewährte Bedarfszuweisungen und erwirtschaftete Jahresüberschüsse vollständig abzudecken.

Allerdings befreit dieser Umstand nicht vor der Aufstellung eines Konsolidierungskonzeptes, da die Stadt Sangerhausen innerhalb des mittelfristigen Finanzplanungszeitraums ihre bestehenden Zahlungsverpflichtungen ohne Überschreiten der Genehmigungsfreigrenze des Liquiditätskredites nicht nachkommen kann.

Daher werden wir verpflichtet sein, für künftige Haushaltsjahre, die Handlungsempfehlungen eines neuen Runderlasses für Konsolidierungsmaßnahmen kritisch zu prüfen und entsprechende Schlussfolgerungen zu erzielen. Mit diesem Ihnen hier vorliegenden Konzept sind größere Einschnitte inhaltlich nicht ausgewiesen, sodass ich auch hier um Zustimmung zur Fortschreibung des Konsolidierungskonzeptes bitte. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

**Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser,
Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung zu.

**Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche,
Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung zu.

**Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus,
Stadtrat Herr Hüttel, stellv. Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

**Stellungnahme des Schul- und Sozialausschusses, Stadtrat Herr Bärschneider,
Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen zu.

**Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Predatsch,
Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung zu.

**Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Ruppe,
Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung zu.

**13 Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage zu.
Ortschaftsrat Gonna hat sich enthalten.**

Die Liste der Abstimmungsergebnisse aus den **Ortschaftsratssitzungen** wurde vor der Sitzung verteilt.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt nach öffentlicher Beratung die als Anlage beigefügte 19. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes der Stadt Sangerhausen für die Haushaltsjahre 2010 bis 2029.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

| | | |
|-------------------|---|----|
| Ja-Stimmen | = | 19 |
| Nein-Stimmen | = | 3 |
| Stimmenthaltungen | = | 9 |

Beschluss- Nr.: 7 - 13/25

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 7 - 13/25** registriert.

TOP 7 Information über Beschlüsse der beschließenden Ausschüsse

⇒ Wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Sanhen verlässt die Sitzung 18:45 Uhr = 30 Anwesende

Pause von 18:45 Uhr bis 19:05 Uhr

TOP 11 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Skrypek stellte um 19:21 Uhr die Öffentlichkeit wieder her. Es wurde in nicht öffentlicher Sitzung folgender Beschluss gefasst:

- Belastung Erbbaurecht Parkstraße 2 in Sangerhausen, Flur 15, Flurstück 1172/41

Um 19:22 Uhr beendete der Stadtratsvorsitzende Herr Skrypek die Sitzung und bedankt sich für das zahlreiche Erscheinen der Stadträte/-innen.

gez.
Madeleine Schneegaß
Protokollführerin

gez.
Andreas Skrypek

Vorsitzender des Stadtrates